

Erscheint  
wöchentlich dreimal:  
Dienstag, Donnerstag  
und Samstag.

Alle Postämter nehmen  
Bestellungen darauf an.

# Volkshlatt

für  
Stadt und Land.

Vierteljährlicher Preis:  
in der Expedition zu Pa-  
derborn 10  $\text{Sgr}$ ; für Aus-  
wärtige portofrei  
12  $\frac{1}{2}$   $\text{Sgr}$

Insertionsgebühren  
für die Zeile 1 Silberg.

N: 150.

Paderborn, 15. December

1849.

## Uebersicht.

Correspondenz des Abgeordneten Herrn Hesse.

Deutschland. Berlin (die Wahlen zum deutschen Reichstage; Herr v. Madowitz; Advocat-Anwalt Dorn); Leipzig (electro-magnetische Telegraphenlinie); Braunschweig (Volkverein); Lübeck (Staats-Anleihe); Aus Schleswig-Polstein (neue Maßregeln der Landesverwaltung); Kassel (Ständerversammlung); Mainz (städtische Verhältnisse); Mannheim (Kriegsgericht); Wiesbaden (Wahlen zum Volkshause); Wien (verschiedene Nachrichten).

Ungarn. (Standrecht.)

Schweiz. Bern (Regierungs- und Bundesrath.)

Dänemark. Kopenhagen (Wahlen; die schleswig-holsteinische Frage).

Frankreich. Paris (die beabsichtigte große Revue).

Italien. Rom (der Brief Louis Napoleons.)

England. London (Nachrichten vom Kap der guten Hoffnung.)

Bermischtes.

Berlin, 12. Decbr. 1849.

Die Berathung und Beschlußnahme der 2. Kammer über das Rentenbankgesetz ist in der gestrigen Plenarsitzung — bis auf einige näher zu formulirende §§. — beendet. Nach meinen frühern Mittheilungen ist der §. 59 dieses Gesetzes für diejenigen Rentverpflichteten im Paderborn'schen wichtig, welche sich dem nun aufgehobenen bauerlichen Erbfolgegesetz für die Provinz Westfalen vom 13. Juli 1836 nicht unterworfen, und daher, nach erfolgter Ablösung, 4% pEt. Rente in infinitum zu zahlen hatten. Hinsichtlich dieser enthält der in der gestrigen Plenarsitzung angenommene §. 59 folgende wörtliche Fassung:

- a) „Diejenigen Pflichtigen, welche sich den Bestimmungen im „§. 14, No. 1 u. 2 im Reglement vom 8. August 1836 „unterworfen haben, sind an dieselben nicht ferner gebun- „den. — Es behält aber bei den §§. 14. und 15 des „Reglements ihnen zugesicherten Vortheilen sein Bewenden.
- b) „Dieselben Vortheile kommen denjenigen, welche künftig „nach Raabgabe des Reglements ihre Reallasten ablösen, „sowie denjenigen, welche bereits Renten an die Tilgungs- „Casse entrichten, den Bestimmungen des §. 14 No. 1 „und 2 sich jedoch nicht unterworfen haben, zu Statten. „Bei diesen letzteren Pflichtigen beginnt die verminderte „Rentenzahlung von 4% auf 4 pEt., so wie die Amor- „tisation von 41 Jahren mit dem auf die Verkündung „des gegenwärtigen Gesetzes zunächst folgenden Renten- „zahlungstermin.“

Hierdurch ist nun für die Pflichtigen im Paderborn'schen das Mögliche erreicht, was erreicht werden konnte. Ich bemerke beiläufig, daß das bisher bezahlte  $\frac{1}{6}$  Mehr Prozent, nach der vom Finanz-Ministerio vorgelegten Uebersicht, für's Paderborn'sche nahe an 3000 Thlr. jährlich betragen hat, und daß die Amortisation in andern Landestheilen der Monarchie nicht 41, sondern 56  $\frac{1}{12}$  Jahre dauert. Die Beschwerden vieler Rentenpflichtigen werden durch die jetzige Gesetzesbestimmung gehoben, und das frühere Mißverhältniß danach ausgeglichen sein.

Ueber die hinsichtlich der berathenen Verfassungs-Urkunde zwischen der 1. und 2. Kammer noch vorhandenen Differenzpunkte, ist eine Ausgleichung versucht, und hat darüber die Verfassungs-Commission der 2. Kammer jetzt ihren gedruckten

Bericht vertheilen lassen. Hiernach ist in mehreren nicht erheblichen Punkten nachgegeben, dagegen sind die früheren Beschlüsse der 2. Kammer über folgende §§. auch von der Commission wiederholt festgehalten, nämlich

§. 77, wonach Beamte, welche in die Kammer gewählt werden, die Kosten ihrer Stellvertretung pro rata tragen sollen.

§. 98., daß zu Etatsüberschreitungen die nachträgliche Genehmigung der Kammern erforderlich, und daß der Jahres-Etat nur noch 4 Monate in Kraft sei, wenn die Aufstellung des neuen sich verzögern sollte.

§§. 99 u. 108, welche von dem Steuerbewilligungsrechte der Kammern handeln; diese letztern §§. haben die mannichfachen Anfeindungen erfahren; ich glaube nicht, daß die Majorität der 2. Kammer von ihrem Beschlusse abweichen wird.

Hesse.

## Deutschland.

Berlin, 10. Dec. Die Wahlen zum deutschen Reichstage haben neuerdings die alte Opposition der Polen rege gemacht und ihre Vertreter in der zweiten Kammer zu dem Antrage vereinigt, daß das Staatsministerium veranlaßt werde, die zum Erfurter Volkshause auch im Großherzogthum Posen angeordneten Wahlen nicht vornehmen zu lassen, weil dieser Landestheil nicht zum deutschen Bunde gehöre. Sie stützen sich dabei auf die vielfach wiederholte und bekannte Bezugnahme der wiener Verträge, bestreiten, d.ß die deutschen Staaten das Recht besäßen, die Grenzen ihres Bundesgebietes einseitig zu erweitern, und bezeichnen einen Congreß der europäischen Großmächte als allein competent, über das staatsrechtliche Verhältniß jenes Landestheiles zu entscheiden. Vertreter nach Erfurt würden sie allenfalls senden, jedoch nur, um abermals gegen ihnen zugesüßtes Unrecht zu protestiren. Der Antrag trägt den Namen v. Soltowski an der Stirn und ist außerdem von fünfzehn anderen polnischen Namen — jedoch nicht vom Herausgeber der „Posener Acten“, dem Grafen Cieskowski — mitunterzeichnet. Seine Dringlichkeit wurde heute nach erster Lesung sehr ausreichend unterstützt, und dann der Gegenstand der Commission für die deutschen Angelegenheiten zugewiesen. Inzwischen läßt Herr v. Manteuffel noch immer auf die von ihm schon am 8. Sept. vertheilten Regierungs-Vorlagen über den Stand der Reorganisation und die Abzweigung und Zusammenlegung einzelner Districte mit den älteren Provinzen warten, worüber bei Berathung des Art. 2 der Verfassung bereits die Rede war. Auf deutscher Seite, wo man übrigens dem Ministerium volles Vertrauen schenkt und die Frage einfach auf Grund der gegebenen Verhältnisse zu lösen hofft, ohne erst an einen europäischen Reichs-Congreß appelliren zu müssen, kann man jedoch nicht umhin, die dortigen Zustände als sehr ungewiß zu bezeichnen. Der Abgeordnete Gehler für Bromberg interpellirte deshalb heute den Minister, indem er namentlich hervorhob, daß die Verzögerung der Regierungs-Vorlagen jene Ungewißheit noch vermehre. Seine dem Soltowski'schen Antrage folgende Frage schien anzudeuten, daß eine offene Darlegung der Regierung auch die Polen zu anderen Ansichten ihrer Lage bringen, ihre Ansprüche mäßigen und jene Klagen von erlittener Unrecht, die sich immerwährend wiederholen, ohne Mittel für ihre Abhilfe finden zu lassen, vielleicht ganz beseitigen würde. Denn in der That, so wenig die Polen den deutschen Bund für competent erachten, ihre staatsrechtlichen Verhältnisse zu ordnen, so